

# Gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen in Mainz

## Sechs Fragen zur Positionierung kandidierender Parteien bei der Kommunalwahl 2024

*Der Bürgerrat „Ernährung im Wandel“ hat im Februar ein kostenfreies Mittagessen für alle Kinder als Schlüssel für Bildungschancen und Gesundheit gefordert. Wie stehen Sie zur Forderung nach einem kostenlosen Mittagessen für alle Kinder an allen Schulen?*

**CDU** Uns als CDU ist es wichtig, dass kein Mainzer Kind ohne Mittagessen bleibt. Aktuell stellt sich die Situation so dar, dass für Eltern mit Kindergeld oder Wohngeld und auch für Eltern, die Leistungsberechtigte nach SGB II, SGB XII oder AsylbLG sind, schon jetzt nur 1€ für das Essen zu zahlen bleibt, denn über den Anspruch nach dem Bildungs- und Teilhabepaket ist das Mittagessen in diesen Fällen eigenanteilsfrei. Es ist zudem so, dass viele Schulen sehr unkomplizierte individuelle Regelungen treffen, sodass eigentlich überall garantiert wird, dass kein Kind diesbezüglich zurückbleibt.

Sollte auffallen, dass Kinder aus marginalisierten und armutsgefährdeten Familien in Mainz doch gefährdet sind, keine ausreichenden Mahlzeiten zu erhalten, muss entsprechend nachgeschärft werden. Eine grundsätzliche Subventionierung des Essens nach dem Gießkannenprinzip, also auch für wohlhabende Familien, lehnen wir ab.



Wichtig ist ein gutes, frisches und leckeres Mittagessen für alle Kinder in Schulen und Kindergärten. Die Kosten dafür werden bereits zu einem Großteil von der Stadt Mainz getragen. Die Kostenbeiträge der Eltern sind nicht hoch.

Allerdings gerade für kleine und mittlere Einkommen immer noch belastend, da häufig noch ein Kostenbeitrag für Betreuung zusätzlich anfällt. Um für die Familien ein Zeichen zu setzen, wäre die Kostenfreiheit ein positives Signal.



Die FREIEN WÄHLER Mainz unterstützen ein kostenfreies Mittagessen an Schulen. Es trägt dazu bei, dass alle Kinder unabhängig von ihrer finanziellen Situation eine ausgewogene Mahlzeit erhalten, und wirkt sich positiv auf ihre Gesundheit und Lernfähigkeit aus. Wichtig ist hierbei aber auch, die finanziellen und organisatorischen Aspekte einer solchen Maßnahme zu berücksichtigen.

Aus Sicht der FREIEN WÄHLER Mainz lässt sich das am besten durch Fördermittel der Stadt und Kooperationen durch Vereine und Verbände realisieren.



Zu einer guten Ganztagsbetreuung gehört auch ein gutes Mittagessen. Wir haben erreicht, dass für das Essen an städtischen Schulen und Kitas die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) gelten. Kitas und Schulen sollen zunehmend nachhaltig und regional produzierte, gesunde und leckere Mahlzeiten anbieten. Alle Kita-Neubauten erhalten mittlerweile die erforderliche Ausstattung, damit sie ein frisch gekochtes Mittagessen anbieten können. Jetzt kommt es darauf an, auch durch den Umbau der Bestands-Kitas, entsprechende Voraussetzungen zu schaffen. Wo das möglich ist, sollen beim Neu- und Umbau von Kitas und Schulen Clusterküchen entstehen, die vor Ort und für umliegende Kitas und Schulen die Versorgung mit frisch gekochtem Essen ermöglichen.

Das Mittagessen ist für die Bürgergeldempfänger\*innen kostenlos, weitere Familien, mit niedrigem Einkommen zahlen aufgrund des Sozialfonds nur 1,-€, und auch die übrigen Familien zahlen einen gedeckelten Festbetrag und nicht die tatsächlichen Kosten. Insofern sind in Mainz die Härten gut abgedeckt. Langfristig können wir uns eine Weiterentwicklung hin zur Betragsfreiheit vorstellen.



Die Linke steht vollkommen hinter der Forderung nach einem kostenlosen Mittagessen für Kinder in Mainzer Schulen. Darüber hinaus liefert Die Linke nicht nur Lippenbekenntnisse, sondern hat genau diese Forderung bereits am 03. Juli 2023 im Mainzer Stadtrat eingebracht. Leider konnten sich alle anderen Fraktionen nicht dazu überwinden, dem Antrag zuzustimmen und haben ihn in einen Ausschuss überwiesen. Jetzt befindet sich das Thema in einer Arbeitsgruppe, die über ein kostenloses Mittagessen beraten soll.

Wir sind der Auffassung: Die Erkenntnisse sind längst da und ein Pilotprojekt braucht es nicht – das kostenlose Mittagessen für alle Mainzer Kinder muss unverzüglich eingeführt werden.



Die ÖDP hält dies für eine gute Idee. Am besten mit einer Frischeküche. Aber dann kein Kiosk mit „Süßkram“.



Wir als Mainzer SPD begrüßen die Forderung des Bürgerrats nach einem kostenfreien Mittagessen für alle Kinder ausdrücklich. Zudem ist aus unserer Sicht vollkommen richtig, dass diese Forderung bundesweit ausgesprochen wurde. Die Kommunen können dieses wichtige Anliegen nicht aus eigener Kraft finanziell stemmen. Deshalb setzen wir uns – bis zu einer finanziellen Beteiligung des Bundes an diesem wichtigen Vorhaben – für ein einkommensabhängig gestaffeltes Ganztagsangebot ein, um allen Kindern den Zugang zu Ganztagsbetreuung und Ganztagschule zu gewährleisten und ein gesundes und warmes Mittagessen ermöglichen zu können.



Volt Mainz unterstützt die Forderung nach einem kostenfreien Mittagessen für alle Kinder an allen Schulen, da dies Chancengleichheit und Gesundheit fördert. Eine ausgewogene Ernährung ist entscheidend für die körperliche und geistige Entwicklung sowie die Leistungsfähigkeit. Wir setzen uns für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung bis 2026 ein, was bauliche Maßnahmen wie die Einrichtung von Schulküchen oder Mensen erfordert - hierfür fallen bereits große Kosten für die Kommunen an. Die Städte dürfen hierbei jedoch nicht alleine gelassen werden! Um die Kommunen beim Schulesen finanziell zu entlasten, fordern wir Zuschüsse von Bundes- und Landesebene für das kostenlose Mittagessen. So können alle Kinder gleichermaßen profitieren.

*Eine Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung kommt zum Ergebnis, dass Kinder aus armen Familien seltener einen Kita-Platz bekommen. Unterstützen Sie die Forderung, armutsbetroffene und marginalisierte Kinder bei der Vergabe zu priorisieren?*



In Mainz wurde gerade aktuell die Zuteilung der Kita-Plätze angepasst. Diese Neuordnung wird nach dem ersten Jahr nochmals ausgewertet, sodass davon auszugehen ist, dass sich Veränderungen zugunsten benachteiligter Familien und Familien, deren Kinder im Vorschuljahr keinen Platz erhalten haben, ergeben. Wir als CDU möchten uns aber grundsätzlich dafür einsetzen, dass in Mainz in möglichst naher Zukunft alle Kinder, die einen Kita-Platz benötigen, diesen auch direkt in Anspruch nehmen können.



Ziel muss es sein, dass es für alle Kinder in Mainz zum zweiten Lebensjahr einen Kita-Platz gibt. Eltern müssen darüber aufgeklärt werden, welche Rechte sie haben und wie sie diese durchsetzen können. Das muss einfach verständlich und mehrsprachig erfolgen.

Wenn Plätze fehlen, dann müssen bei der Entscheidung über Platzvergabe soziale Gesichtspunkt des Kindes (z.B. örtliche Nähe, Geschwisterkinder, häusliche Situation, besonderer Förderbedarf) und der Eltern (z.B. Betreuung weiterer Kinder, Berufseinstieg) abgewogen werden.

Für die Kinder ist eine gute Durchmischung aller sozialen und kulturellen Verhältnisse in den Kitas wichtig. Wenn Kinder auf einen Platz warten müssen, muss ein Ausgleich zur Teilhabe gefunden werden.



Wir FREIE WÄHLER Mainz wollen für alle Kinder eintreten. Unabhängig von ihrer sozialen Herkunft gilt: Gleiche Chancen für alle. Es liegt uns am Herzen, dass alle Kinder Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung haben und dass die Ressourcen hierfür gerecht verteilt werden.



Wir konnten bei der letzten Neufassung der Priorisierung erreichen, dass alle Kinder 2 Jahre vor der Einschulung prioritär aufgenommen werden.



Eine Feststellung muss zu Anfang getroffen werden: Der Kitaplatz steht dem Kind zu, um frühkindliche Pädagogik zu erfahren, und nicht den Eltern, um einer Arbeit nachzugehen. Daher hat jedes Kind den gleichen Anspruch. Trotzdem stellt sich die Realität so dar, dass Eltern mit höheren Einkommen besseren Zugriff auf Kitaplätze haben, da diese auch schneller den Rechtsanspruch einklagen oder zumindest eine Klage glaubwürdig genug androhen.

Daher ist es grundsätzlich richtig, dass die Vergabe von Kitaplätzen nach einem Punktesystem gestaltet wird, welches Kinder, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen, bei der Platzvergabe priorisiert. Faktoren dafür sind z.B. Kinder aus Einelternfamilien und Kinder mit Geschwistern an der Kita.

Faktoren, die eine gesellschaftliche Benachteiligung und Marginalisierung beschreiben, müssen sich in diesem Punktesystem wiederfinden, damit Nachteile auf anderen Ebenen möglichst weit ausgeglichen werden können.



Wir meinen, dass eine Gleichbehandlung wichtiger ist, um den sozialen Frieden zu bewahren.



Die Mainzer SPD setzt sich dafür ein, dass die Zahl an Kitaplätzen weiter bedarfsgerecht ausgebaut wird, damit alle Kinder einen Kitaplatz bekommen. Um dieses Ziel zu erreichen, setzen wir auch weiterhin auf die starke Trägervielfalt in der Stadt. Die Stadtverwaltung hat im engen Austausch mit den im Stadtrat vertretenen Fraktionen ein Punktesystem entwickelt, um die bislang noch nicht ausreichenden Kita-Plätze bedarfsorientiert und priorisiert zu vergeben. Aus Sicht der SPD Mainz ist es wichtig, armutsgefährdete Kinder hierbei explizit mitzudenken.

Für gleichberechtigte Chancen der Teilhabe ist es im Kita-Bereich außerdem wichtig, dass die Elternbeiträge für Verpflegung bei Bedarf übernommen und in Härtefällen erlassen werden können. Auf die Möglichkeit der Übernahme von Verpflegungskostenbeiträgen aus den Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets sollen Eltern verstärkt hingewiesen werden. Eine ausgewogene, frische und dabei möglichst regionale wie saisonale Ernährung in Kitas auf Basis der „Qualitätsstandards für Verpflegung in Kitas“ der Deutschen Gesellschaft für Ernährung ist das A und O für Wachstum und Entwicklung unserer Kinder. Initiiert von der Jugendverwaltung werden alle Träger von Kindertageseinrichtungen zu einem Qualitätsentwicklungsprozess für Kita-Ernährung eingeladen. Den eingeschlagenen Weg der Frischküche in städtischen Kitas wollen wir fortsetzen.



Volt Mainz unterstützt die Forderung, armutsbetroffene und marginalisierte Kinder bei der Vergabe von Kita-Plätzen zu priorisieren. Familien sind durch Betreuungsengpässe und mangelnde Ganztagsplätze stark in ihrem Berufsleben eingeschränkt. Durch eine konsequente Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung bis 2026 wollen wir sicherstellen, dass alle Kinder, insbesondere die aus armutsbetroffenen Familien, besser von den Betreuungsangeboten profitieren. Dies erfordert ausreichendes Personal und notwendige Umbaumaßnahmen.

Ganz konkret möchten wir auch die Suche nach Betreuungsangeboten durch nutzerfreundliche Internetportale erleichtern und die Vergabe von Kita-Plätzen beschleunigen. Durch eine schnellere und digitalisierte Vergabe von Kita-Plätzen können auch armutsbetroffene Familien besser versorgt und im Rahmen der rechtlich zulässigen Regelungen entsprechend priorisiert werden.

*In Darmstadt werden alle Familien mit neugeborenen Kindern von Fachkräften besucht, um die Eltern zu informieren und ihnen konkrete Hilfe anzubieten. Unterstützen Sie einen solchen Begrüßungsservice als Start für eine Präventionskette, die allen Kindern ein gutes Aufwachsen sichert?*



Armutsprävention beginnt bereits vor der Geburt. Der Weg, werdende Eltern sehr früh zu begleiten, ist deshalb sehr begrüßenswert. So können Angebote gemacht werden, die die Folgen eines bestehenden Armutsrisikos reduzieren. In Mainz hat aufgrund der parteiübergreifenden Initiative im Stadtrat das Thema Kinderarmut und Präventionsketten endlich wieder einen höheren Stellenwert bekommen. Dieser Fortschritt muss jetzt auch tatkräftig umgesetzt werden, indem kontinuierlich mit verschiedenen Interessensgruppen Lösungen erarbeitet werden.



Ich unterstütze einen Begrüßungsservice. Die Information von Eltern ist wichtig. Diese sollte sogar schon vor der Geburt ermöglicht werden. Da Information und Vertrauen eng zusammenstehen, wäre es sinnvoll, solches bereits in Zusammenhang mit den Hebammen, Geburts-Vorbereitungskursen und anderen Beratungsstellen anzubieten.



Neugeborene Kinder können trotz guter Vorbereitung der Eltern/Familien eine große Herausforderung sein. Die FREIEN WÄHLER Mainz sehen in dem Darmstädter-Model auch eine sinnvolle Maßnahme für Mainz. Ein solcher Service trägt dazu bei, Eltern frühzeitig zu erreichen, sie zu unterstützen und sicherstellen, dass sie die notwendigen Ressourcen und Informationen erhalten, um ihren Kindern ein gutes Aufwachsen zu ermöglichen.

Durch die Präventionskette, die mit einem solchen Service beginnt, können potenzielle Probleme frühzeitig erkannt und angegangen werden. Es ist wichtig das Eltern die notwendige Unterstützung und Beratung erhalten, um die Entwicklung und das Wohlergehen ihrer Kinder zu fördern.



Wir unterstützen das Projekt welcome, das Familien nach der Geburt unterstützt und berät. Auch „Frühe Hilfen“ als Partnerin der Uniklinik. Um Frauen in der Schwangerschaft und nach der Geburt bessere Möglichkeiten zu geben, haben wir im Stadtrat eine Hebammenzentrale für Mainz beschlossen.



Wir wollen junge Familien gerade in den ersten Monaten besser unterstützen. Dazu gehört Beratung und Unterstützung durch fachkundiges Personal, das die Familien vor Ort aufsucht, aber auch Maßnahmen wie ein „Begrüßungspaket“ mit einer Grundausstattung für neugeborene Kinder und auch die Einrichtung einer Schreiambulanz, die es überforderten Eltern ermöglicht, unkompliziert und niedrigschwellig schnelle Hilfe zu bekommen.



Das ist sicherlich eine gute Idee, wer auch immer das machen könnte. Ob die Stadt Mainz dies als freiwillige Leistung anbieten kann, muss im Rahmen der Haushaltsberatungen geklärt werden. Vielleicht könnten auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindegewerkschaften Plus hier aktiv werden.



Der Mainzer SPD liegt die Prävention von Kinder- und Jugendarmut sehr am Herzen, um Armutskreisläufe und -spiralen zu durchbrechen. Daher unterstützen wir die Idee, dass junge Familien von Fachkräften aufgesucht und beraten werden. Ferner setzen wir uns dafür ein, dass das Personal beim Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) ausgebaut wird, um das Kindeswohl sicherzustellen.

Außerdem unterstützen wir deshalb die Forderung nach einer dezernatsübergreifenden Strategie, um materieller, sozialer und kultureller Benachteiligung entgegenzuwirken. Unser Ziel ist es auch, aus einem Stadtteil positiv gewonnene Erfahrungen im Kampf gegen Kinderarmut erfolgreich auch in anderen Stadtteil umsetzen zu können. Ebenso wollen wir die aufsuchende Jugendsozialarbeit ausbauen, um benachteiligten jungen Menschen die notwendige Unterstützung zukommen zu lassen. Hierzu wollen wir attraktive Stellen schaffen, unter anderem dadurch, dass Stellenausschreibungen im Bereich der Jugendhilfe grundsätzlich unbefristet erfolgen sollen.



Volt ist an der Stadtregierung von Darmstadt beteiligt und setzt sich dort erfolgreich für dieses Thema ein. Dieses bewährte Konzept möchten wir auch in Mainz umsetzen. Ein ähnliches Modell in Mainz würde erheblich zur Unterstützung junger Familien und zur Förderung der Chancengleichheit beitragen. Durch frühzeitige Unterstützung und Information können viele Probleme rechtzeitig erkannt und angegangen werden, was langfristig die Entwicklung der Kinder fördert und die Familien stärkt.

*Laut Bundesfamilienministerium gehen beim Kinderzuschlag zwei Drittel der berechtigten Kinder leer aus. Gründe sind mangelnde Kenntnis und bürokratische Hürden. Welche Überlegungen haben Sie, Kinderleistungen automatisiert zu gewährleisten?*



Das ist in der Tat ein großes Problem. Es müssen niedrigschwellige Angebote unkompliziert zur Verfügung gestellt werden. Aktuell stellen vor allem verschiedene Zuständigkeiten dabei eine große Hürde dar. Da die Bundesinitiative zur Kindergrundsicherung aktuell kaum Fortschritte zu verzeichnen hat und möglicherweise sogar scheitert, ist es wünschenswert, diesbezüglich zum Beispiel eine Anmeldung beim Standesamt mit einem Beratungsangebot zu verknüpfen. Außerdem könnten Beratungsteams auch in der aufsuchenden Arbeit aktiv werden oder Kooperationen mit Kinderärzten aufgebaut werden. Wir als CDU sind in jedem Fall nicht bereit, länger hinzunehmen, dass Leistungen, die nachweisbar zu einer erheblichen Entlastung der betroffenen Familien beitragen, wegen mangelnder Kenntnis nicht abgerufen werden.



Es ist ärgerlich, wenn Kinder so benachteiligt werden! Gerade wenn Eltern/Elternteile bereits Leistungen erhalten, verfügt das Amt über einen Überblick, ob Anspruch auf weitere Leistungen bestehen kann.

Hier müsste das Amt sich in der Verantwortung sehen, solche Leistungen "mit" zu beantragen, bzw. in den Leistungsbescheid gleich einfließen zu lassen. Die Entscheidung muss zu Gunsten des Kindes ausgehen. Gemeinsames Ziel muss das Maximum und nicht das Minimum sein.

Die größte Chance der Umsetzung (quasi "automatisiert") sehe ich in einer Digitalisierung. Sobald der Antragsteller seinen persönlichen Daten und Lebenssituation eingegeben hat, muss das Programm ihm Leistungen anbieten, mehrsprachig informieren und, wenn dann noch Fragen offenbleiben, eine persönliche Beratung erfolgen. Fehlendes Wissen, darf nicht zum Nachteil werden.



Die Implementierung eines Systems, das automatisch prüft, ob Familien die Voraussetzung erfüllen, um den Kinderzuschlag zu beziehen, würden wir FREIE WÄHLER Mainz sehr begrüßen. Durch die Nutzung von Datenbanken und digitalen Prozessen könnte der Vorgang effizienter gestaltet werden, so dass alle berechtigten Kinder die zusätzliche Unterstützung erhalten. Hier darf es keine unnötigen bürokratischen Hürden geben und alle Familien müssen einen leichten Zugang zur Leistungsgewährung haben.



Wir wollen die Information und Beratung aller Familien in Familienzentren, durch Projekte die unmittelbar nach der Geburt ansetzen und durch Sozialarbeit ab der Kita verbessern, damit alle Kenntnis davon haben, was ihnen zusteht, und dabei unterstützt werden, die nötigen Anträge zu stellen. Viele Einzelanträge sollen in der Kindergrundsicherung abgelöst werden und so Familien von Bürokratie entlasten und eine Absicherung von Kindern gewährleisten.



Der Zugang zu Leistungen und die Prüfungen von Ansprüchen muss deutlich niedriger gestaltet werden. Hierfür müssen die entsprechenden Ressourcen für die zuständigen Ämter bereitgestellt werden.

Weiterhin muss die Digitalisierung von Antragsstellungen deutlich schneller vorangetrieben werden, um möglichst viele Hürden beim Beantragen von Ansprüchen abzubauen. Eine automatische Auszahlung ist ohne Antrag kaum möglich, außerdem kann es Gründe geben, wieso Anträge nicht gestellt werden (Steuern, Sorgerecht, usw.). Um mehr Menschen darauf hinzuweisen, welche Ansprüche sie haben, sollte aber die Prüfung, ob Ansprüche bestehen, automatisch stattfinden und dann auch eine Begleitung bei der Antragstellung eingerichtet werden.



Kinder erhalten eine Scheckkarte für soziale Teilhabe. Die Vereine können diese einscannen und die Beiträge bei der Stadt beantragen. Die 180,-€/Kind/Jahr zur „eigenverantwortlichen Teilhabe“ kommen leider nicht an! Seit Abschaffung der Bildungsgutscheine sind über 80% der betroffenen Kinder weniger in Vereinen angemeldet (Beispiel eines Turnvereins: nur noch 2 von 12 Kindern ehem. Berechtigter).



Die Mainzer SPD setzt sich dafür ein, dass alle Eltern regelmäßig postalisch über die Kinder- und Familienleistungen informiert werden sollen. Gleichzeitig sprechen wir uns auch dafür aus, die bürokratischen Hürden bei der Antragsstellung zu senken und nach Möglichkeit Formulare mehrsprachig und in leichter Sprache zur Verfügung zu stellen. Perspektivisch möchten wir prüfen, ob die Kinderleistungen zukünftig auch automatisiert gewährleistet werden könnten.

Auch im Falle von nicht gewährten Hilfen sind Fachkräfte, die Familien direkt nach der Geburt des Kindes aufsuchen, eine wichtige Unterstützung, um bei den zahlreichen Antrags- und Maßnahmenmöglichkeiten einen Überblick zu gewinnen.



Volt Mainz erkennt die Notwendigkeit, Kinderleistungen wie den Kinderzuschlag durch mehr Digitalisierung und Automatisierung zugänglicher zu machen. Unsere Ansätze umfassen die Einführung benutzerfreundlicher Online-Portale, um eine einfachere, schnellere und unbürokratische Antragstellung zu ermöglichen. Durch den Einsatz von Chatbots können Antragssteller\*innen im Prozess gezielt unterstützt und häufig gestellte Fragen beantwortet werden. Ein effizienter Datenaustausch zwischen Behörden kann den Prozess weiter vereinfachen und die Bearbeitungszeiten verkürzen. Zudem möchten wir digitale Antragsstationen in öffentlichen Einrichtungen einrichten, um Personen ohne digitale Geräte oder entsprechende Kenntnisse vor Ort zu unterstützen.

*Eine Servicestelle in Wiesbaden berät über alle Familienleistungen, die Eltern zustehen. Wie stehen Sie zu wohnquartiersnahen Anlaufstellen bzw. zum Ausbau und der Weiterentwicklung von Kitas und Gemeinweseneinrichtungen zu Familienzentren?*

 Wir setzen uns seit 15 Jahren für die Weiterentwicklung von Kitas zu Familienzentren ein, da wir überzeugt sind, dass dies der richtige Weg, auch für präventive Arbeit, ist. Leider ist die Stadt an dieser Stelle immer noch nicht gut aufgestellt. Das muss sich dringend ändern. Insgesamt braucht es für diese Vorhaben mehr finanzielle Unterstützung seitens der öffentlichen Hand.

 Diese Forderung unterstütze ich sehr. Beratung muss nah bei den Menschen sein und dort, wo der Bedarf entsteht. Viele Kitas arbeiten schon mit erweiterten Beratungsangeboten oder in Kooperationen mit anderen Beratungsstellen.

 Wohnquartiersnahe Anlaufstellen sowie die Weiterentwicklung von Kitas und Einrichtung des Gemeinwesens bieten zahlreiche Vorteile und können erheblich zur Unterstützung von Familien beitragen. Diese wären z.B. Zentralisierung von Dienstleistungen, Stärkung der Gemeinschaft, frühe Förderung und Bildung und Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Wir FREIE WÄHLER Mainz sehen diesen Service für unser Stadt, als Gewinn für die Gemeinschaft.

 Wir unterstützen den Ausbau von Kitas zu Familienzentren ebenso wie die Entwicklung von Quartierskonzepten, die Familien unterstützen.

 Wir unterstützen grundsätzlich die Ausweitung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dazu gehören auch entsprechende Gemeinwesen- und Sorgezentren. Um diese schaffen zu können, braucht die Stadt eine klügere Bodenpolitik als unter der Ampelkoalition in Mainz. Nur wenn wir entsprechende Flächen als öffentliche Hand besitzen, können wir entsprechende Sorgezentren schaffen und z.B. Kitas erweitern. Wir haben bereits vorgeschlagen, dass für den Fall, dass Galeria Karstadt/Kaufhof in der Altstadt tatsächlich schließen sollte, wir das Gebäude als Stadt erwerben und auch dort Platz für ein Sorgezentrum hätten.

 Die Weiterentwicklung von Gemeinweseneinrichtungen zu Familienzentren wird von der ÖDP absolut befürwortet (Positivbeispiel Centrum der Begegnung Marienborn), hier muss allerdings auch die Stadt sachgerechte Zuschüsse geben. Hier sollten die Einrichtungen aber bedarfsgerecht über die Stadtteile verteilt sein.

 Die Mainzer SPD unterstützt die Idee, ein „Haus der Familienleistungen“ einzurichten. Dort kann gebündelt über Antragswege informiert werden. Wir sprechen uns auch für wohnquartiersnahe Anlaufstellen für Familien aus, um die Familien auch dezentral z. B. in Familienzentren, Quartierbüros, Familienbildungsstätten oder Kitas informieren zu können. Wir möchten außerdem, dass Kitas auch als Orte der Begegnung wertgeschätzt werden und fordern mehr Kita-Sozialarbeit. Sozialarbeiter:innen unterstützen das Kita-Team bei der Gestaltung der Erziehungspartnerschaft für Familien – insbesondere in schwierigen Lebenslagen. Diese Hilfestellung erleichtert Familien unterstützende Finanzierung und Beratung und baut Barrieren beim Zugang zur Förderung von Kindern ab. So möchten wir dafür sorgen, dass alle Familien für ihre Kinder die oftmals nötigen finanziellen Leistungen in Anspruch nehmen können. Außerdem setzen wir uns dafür ein, das Netzwerk Familienleistungen Mainz zu unterstützen, das Beratungen anbietet.



Volt Mainz befürwortet die Einrichtung wohnquartiersnaher Anlaufstellen sowie den Ausbau und die Weiterentwicklung von Kitas und Gemeinweseneinrichtungen zu Familienzentren. In Wiesbaden, wo Volt ebenfalls in der Stadtregierung vertreten ist, setzen wir uns bereits erfolgreich für den Erhalt und die Unterstützung solcher Servicestellen ein. Ein ähnliches Modell möchten wir gerne auch in Mainz etablieren. Was in Wiesbaden erfolgreich umgesetzt wird, kann auch in Mainz realisiert werden.

*Schüler:innen in Hamburg bekommen ein kostenloses Deutschland-Ticket. Unterstützen sie einen „Mainzer Kinderpass“, der allen jungen Menschen die freie oder vergünstigte ÖPNV-Nutzung und Zugang zu allen Sport-, Kultur- und Bildungseinrichtungen ermöglicht?*



Wir als CDU befürworten einen möglichst kostengünstigen ÖPNV für junge Menschen. Das ist auch umweltpolitisch wichtig. Diesbezüglich müsste die Mainzer Mobilität natürlich mit Bundes- und Landesmitteln zusätzlich unterstützt werden. Das ist aktuell leider nicht in Sicht und auch von den derzeit Regierenden nicht gewollt. Wir setzen uns für eine Ablösung des 365-€-Tickets durch ein Familienticket für alle Familienmitglieder für 365 € ein. Dies würde eine gerechte Lösung darstellen. Gerade kinderreiche Familien, die immens hohe Kosten zu tragen haben, würden damit entlastet werden.



Ich stehe einem Mainzer Kinderpass für mehr Teilhabe offen gegenüber. Wenn man den jungen Menschen fürs gleiche Geld mehr Freizügigkeit geben kann, dann ist das Deutschlandticket klar zu befürworten.

Zur Fairness geht aber auch, dass in Mainz seit Jahren die Schülerkarte gefördert wird und es besteht noch die Möglichkeit der Fahrtkostenübernahme für einkommensschwache Eltern. Auch für die Ferienzeit gibt es zusätzlich vergünstigte Angebote. Das kann man alles auf einer "Karte" zusammenführen.

Gerade mit Blick auf mehr Chancengerechtigkeit würde ich das Angebot noch so erweitern, dass die Kinder auch damit Musikschule, Nachhilfeangebote u.a. vergünstigt oder kostenfrei erhalten. Die Kinder sollten in die Lage versetzt werden, selbst bedarfsgerecht handeln zu können.



Die FREIEN WÄHLER Mainz sehen es als eine positive Unterstützung für alle Schüler und Auszubildende, einen kostengünstigen Zugang zum ÖPNV zu schaffen. Der „Mainzer Kinderpass“ würde einen bedeutenden Beitrag zur sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt leisten und die Lebensqualität für Kinder und Jugendliche in Mainz deutlich verbessern. Solch eine Maßnahme ist eine Investition in die Zukunft, da sie die nächste Generation dabei unterstützt, ihr volles Potential zu entfalten.



Wir wollen, dass Mainz gute Bedingungen schafft, um Kinderarmut zu vermeiden und Familien zu unterstützen. Die Ferienkarte mit vielfältigen Freizeitangeboten, Busfahrkarte, freiem Eintritt für Schwimmbäder, Museen und die Kunsthalle soll weiterhin auf dem derzeitigen Preisniveau erhalten bleiben. Für Familien mit MainzPass und beim Bezug sozialer Leistungen soll die Ferienkarte weiterhin zum halben Preis erhältlich sein. Den Zuschuss zu Schulmaterialien für Familien unterhalb einer definierten Einkommensgrenze wollen wir erhöhen, relevante Informationen für Eltern soll die Stadt zunehmend in einfacher Sprache bereitstellen.



Wir streiten schon immer für günstigere Tickets im ÖPNV, besonders für Menschen in prekären Lebensverhältnissen. Erst im November letzten Jahres haben wir einen Antrag im Mainzer Stadtrat gestellt, der vorsah, dass Menschen mit Anspruch auf den Mainzpass einen Zuschuss von 40€ für das Deutschlandticket erhalten. Somit wäre das sehr erfolgreiche 9€-Ticket für von Armut betroffene Menschen in Mainz wieder verfügbar und es wäre am Ende

sogar günstiger für die Stadt. Denn das aktuelle Sozialticket (30€ bei Ursprungspreis 90€) braucht einen Zuschuss von 60€ bei weniger Leistung (Fahren nur im Tarifgebiet), während die Inhaber:innen des Deutschlandtickets mit einem Zuschuss von nur 40€ durch ganz Deutschland reisen könnten.

Leider konnten sich auch hier wieder die anderen Fraktionen nicht durchringen, den Antrag anzunehmen und er wurde in einen Ausschuss überwiesen und liegt dort seitdem. Wir sind daher offen für Vergünstigungen, gerade auch für Schüler:innen und junge Menschen, die sich über den ÖPNV hinaus auf sportliche, kulturelle und weitere Bereiche erstrecken.



Ja, dies unterstützt die ÖDP absolut – ansonsten müssen geeignete Angebote vor Ort zur Verfügung stehen. Ausnahme Schwimmen und Eislaufen, da muss man meistens längere Strecken zurücklegen. Weniger „Eltern-Taxis“ wären toll.



Die Mainzer SPD setzt sich dafür ein, dass die kulturellen Angebote im MainzPass ausgeweitet werden und damit einhergehend auch die Zugänge zu kulturellen Angeboten durch die Gleichstellung von Freiwilligendienst, Ausbildung und Studium sichergestellt wird. Außerdem möchten wir zusätzlich ein Kulturticket für Jugendliche einführen, das kostenlosen Eintritt zu städtischen Museen, dem Staatstheater und anderen öffentlichen Kultureinrichtungen ermöglicht. Zudem soll es ermäßigten Eintritt für andere Kulturangebote bieten, insbesondere aus der freien Szene ohne öffentliche Finanzierung. Mit diesen sollen dadurch langfristige Kooperationen entstehen.

Das Deutschlandticket und auch das von der SPD durchgesetzte 365-Euro-Ticket für Schüler:innen und Auszubildende sowie das neue Sozialticket, der MainzPass, sind Meilensteine bei der Schaffung und Weiterentwicklung von bezahlbaren Angeboten für junge Menschen. In diesem Zusammenhang werden auch die Tarife im Stadt-Umland-Verkehr in Richtung Rheinhessen überprüft. Seit Ende 2022 ist an Samstagen unregelmäßig der ÖPNV kostenfrei. Wir als Mainzer SPD möchten dauerhaft für ein regelmäßiges Angebot dieser Art sorgen. Außerdem wollen wir dafür sorgen, dass das Ticket für Schüler:innen und Azubis und das Sozialticket künftig auch den Geltungsbereich des Deutschland-Tickets hat. Ebenso setzen wir uns auch dafür ein, dass Jugendliche Sporteinrichtungen günstig besuchen können und so alle Zugang zu Sport- und Freizeitmöglichkeiten haben. anbietet.



Im Wahlprogramm von Volt haben wir bereits einen konkreten Vorschlag für ein Kinder- und Jugendticket für 15 Euro pro Monat, wie es bereits unter Beteiligung von Volt in Wiesbaden eingeführt wurde. Auch können dort alle Jugendlichen unter 18 in den Sommerferien kostenlos das Schwimmbad besuchen.

Zur Finanzierung schlagen wir eine zweckgebundene Erhöhung der Anwohnerparkgebühren vor. Die Einnahmen aus dieser Erhöhung sollen vollständig in günstige ÖPNV-Tickets für Kinder und Jugendliche fließen.

Ob darüber hinaus noch Möglichkeiten für weitere Angebote zur Verfügung stehen, muss gemeinsam mit den öffentlichen und privaten Sport-, Kultur- und Bildungseinrichtungen erörtert werden. Hier könnten neben einem städtischen Zuschuss auch private Sponsoren in Betracht gezogen werden.